

Kreisverwaltung
Herr Landrat Axel Redmer
Schneewiesenstraße 25
55765 Birkenfeld

Tanja Krauth
Vorsitzende
Kreisverband Birkenfeld
Postfach 1228
55760 Birkenfeld
Telefon 0174 / 32 93 982
Tanja-Krauth@linke-birkenfeld.de
www.tanja-krauth.de.vu
www.linke-birkenfeld.de

Birkenfeld, den 06. 09. 2009

Anfrage: Ein-Euro-Jobs - Arbeitsplatzvernichtung, Ausbeutung oder der Übergang in einen regulären Job?

Sehr geehrter Herr Landrat Redmer, sehr geehrte Mitglieder des Kreistages, sehr geehrte Gäste,

Im Zuge der Hartz-IV-Reform mit Wirkung zum 1. Januar 2005 wurden die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (nachstehend als Ein-Euro-Jobs bezeichnet) als ein Instrument installiert, das ALG II - Empfänger wieder in den Arbeitsmarkt integrieren und die Chancen auf ein reguläres Arbeitsverhältnis steigern sollte. Auch im Kreis Birkenfeld wird von diesem Instrument der 1-Euro-JobberInnen Gebrauch gemacht.

Allerdings zeigt eine Auswertung des DGB (vgl. DGB: Praxis und neue Entwicklungen bei 1-Euro-Jobs, in: Arbeitsmarkt aktuell, Nr. 4/2009), dass bei den Ein-Euro-Jobs häufig weder das Kriterium der Zusätzlichkeit (§ 16 Abs. 3 SGB II) erfüllt wird, noch in den meisten Fällen der Übergang in ein reguläres Arbeitsverhältnis ermöglicht wird. Das Zusammenspiel dieser beiden Faktoren wirkt sich scheinbar kontraproduktiv auf die Wiedereingliederung der 1-Euro-JobberInnen in ein reguläres Arbeitsverhältnis aus. Auch in einer Wirkungsstudie des Institutes für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit wurden den sog. Ein-Euro-Jobmaßnahmen durchgehend geringe bzw. keine Wirkung in Bezug auf die Integration in den Arbeitsmarkt bescheinigt. Gerade junge Erwachsene machen inzwischen gut 25 Prozent dieser Maßnahmeteilnehmer aus, obwohl sie als Gesamtgruppe aller Hartz IV-Bezieher nur 10 Prozent ausmachen. Bei Ihnen konnten überhaupt keine Wirkungserfolge festgestellt werden. Insgesamt kam die Studie zu dem Ergebnis, dass Maßnahmeteilnehmer nach Abschluss derartiger Ein-Euro-Jobs noch schlechtere Chancen zur Integration haben.

Der Bundesrechnungshof kam zudem 2008 zu dem Ergebnis, dass bei zwei Dritteln dieser "Arbeitsgelegenheiten" die Fördervoraussetzungen nicht erfüllt sind. Meist handele es sich bei den durchgeführten Arbeiten um reguläre Aufgaben der öffentlichen Hand, mit denen Personal eingespart und somit Kosten gespart werden sollten. Es handele sich dabei überwiegend um eine missbräuchliche Mitnahme von Fördermitteln.

Am 15. Juli 2009 zeigte die ARD-Fernseh-Dokumentation »Die Armutsindustrie« nachdrücklich, »wie aus dem Mangel an Arbeit ein Geschäft geworden ist«. Der Beitrag befasste sich mit der "Armutindustrie", die von 1-Euro-Jobbern und subventionierten Mitarbeitern lebt, die rasant wächst und von der viele profitieren, nur nicht die betroffenen Arbeitslosen. Aus dem Bericht von der ARD über die Armutsindustrie: die 1- €-Jobber werden in einer gemeinnützigen Firma angestellt und von dort aus weiter in die Industrie vermittelt. Offiziell sind das Praktikums- und Weiterbildungsstellen, in Wirklichkeit stehen die Leute 8 Stunden am Tag an der Werkbank oder im Lager und arbeiten dort ganz normal. Längst werden laut ARD mehr als eine Million Menschen mit solchen Modellen aus der Arbeitslosenstatistik gekauft. Der Preis dafür sind Lohnkosten von mehr als einer Milliarde Euro pro Jahr: Sozialbeiträge und Steuern.

Unsere Fragen sind Teil der öffentlichen Diskussion zum Sinn und Zweck der so genannten 1-Euro-Jobs. Die entstandenen Kosten für die weiterhin bestehende Erwerbslosigkeit und Finanzierung der Gewinne der Unternehmen durch die öffentliche Hand in Form von „Entschädigungen für die Beschäftigung“ könnten wesentlich effektiver eingesetzt werden und kämen außerdem denjenigen zu Gute, die hier offensichtlich unter staatlicher Aufsicht / kommunaler Stillhaltepraxis ausgebeutet werden. Vor diesem Hintergrund bittet DIE LINKE bis zur nächsten Sitzung um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- Wie viele 1-€-Jobs gibt es zur Zeit im Landkreis und wie hat sich die Zahl seit der Einführung verändert?
- Welche Einrichtungen beschäftigen wie viele 1-€-JobberInnen und mit welchen Tätigkeiten werden sie beschäftigt? Wir bitten um eine detaillierte Auflistung pro Einrichtung.
- Wie wird sichergestellt, dass die Tätigkeiten den gesetzlichen Kriterien der Zusätzlichkeit und dem öffentlichen Interesse entsprechen?
- Wie geht die ARGE bzw. der Kreis mit Missbrauchsfällen um und gibt es Beispiele dafür? Sind überhaupt je Mißbrauchsfälle thematisiert worden?
- Welche Konsequenzen entstehen Einrichtungen, die 1-€-JobberInnen benutzen, um z. B. ihren Haushalt zu sanieren? Der LINKEN sind Fälle im Kreisgebiet bekannt, wo Arbeitslose zu der gleichen Tätigkeit, die sie zunächst sozialversicherungspflichtig ausübten, später als

1-€- JobberInnen verpflichtet wurden. Wie oft sind im Kreis sozialversicherungspflichtige Stellen weggefallen, die mittlerweile durch 1-€-JobberInnen ausgefüllt werden?

- Wie hoch waren die tatsächlichen Kosten für diese Arbeitsgelegenheiten bisher? D. h. Mehraufwandsentschädigung (MAE) für 1-€-JobberInnen bzw. „Entschädigung“ für die Einrichtungen, die diese Stellen anbieten und die 1-€-JobberInnen bezahlen. Wir bitten um detaillierte Auflistung pro Einrichtung und die Nennung der Gesamtsumme.
- In welchem Verhältnis stehen diese Kosten zum Vermittlungserfolg der 1-€- JobberInnen in den 1. Arbeitsmarkt?
- Wie viele 1-Euro- JobberInnen (bitte auch die Prozentzahl angeben) wurden unmittelbar aus dem 1-€-Job heraus in den ersten Arbeitsmarkt mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen vermittelt? Wir bitten um detaillierte Auflistung pro Einrichtung und die Nennung der Gesamtzahl.
- Wie viele dieser Ein-Euro-JobberInnen, die so eine sozialversicherungspflichtige Arbeit gefunden haben, haben diese mittelfristig bis langfristig (über ein Jahr) behalten?
- Welche Qualifizierungsmaßnahmen werden ALG-II-Beziehern angeboten? Wie viel Prozent der ALG-II-Bezieher haben seit der Einführung der sogenannten Hartz-Gesetze
a) an Qualifizierungsmaßnahmen teilgenommen b) einen 1-Euro-Job angetreten?

2. DIE LINKE lehnt 1-Euro-Jobs nicht nur wegen ihres Zwangscharakters und der vollkommenen Rechtlosigkeit der davon Betroffenen als Beschäftigungsmöglichkeit ab. Sie ist in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften der Auffassung, dass 1-Euro-Jobs reguläre Arbeitsplätze verdrängen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Druck setzen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass 1-Euro-Jobs durch sozialversicherungspflichtige und tariflich bezahlte Arbeitsplätze ersetzt werden, die ein selbstbestimmtes Leben ohne Hartz-IV-Bezug ermöglichen. Im Non-Profitbereich der Wirtschaft ist die Entwicklung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors eine sinnvolle Maßnahme, um steuer- und sozialabgabepflichtige Arbeitsplätze zu schaffen und damit die Arbeitslosigkeit deutlich zu verringern.

- Welche Überlegungen gibt es seitens der Kreisverwaltung, in ihrem Verantwortungsbereich einen öffentlich Beschäftigungssektor zu entwickeln. Gibt es Initiativen dazu gegenüber der Landes- und Bundesregierung?

Tanja Krauth

Fraktionssprecherin DIE LINKE